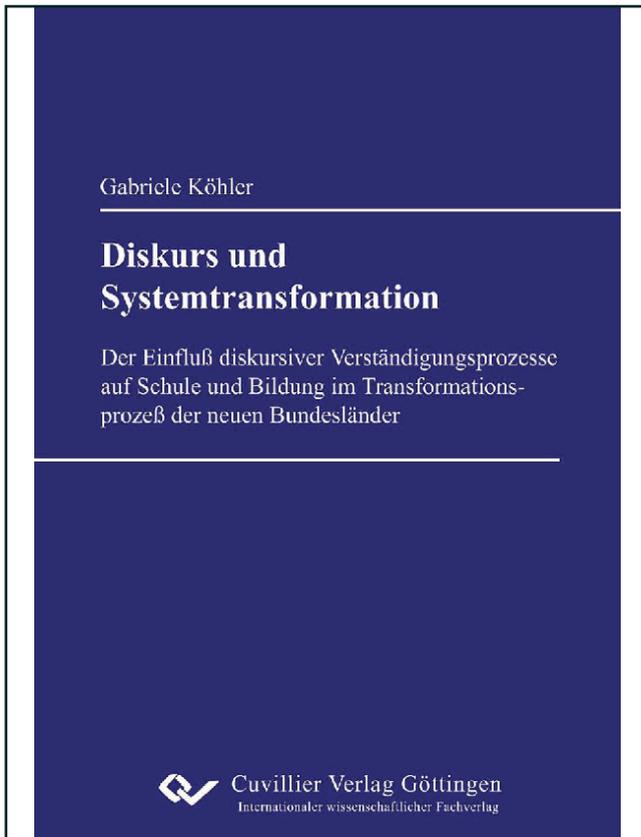




Gabriele Köhler (Autor)

Diskurs und Systemtransformation

Der Einfluß diskursiver Verständigungsprozesse auf Schule
und Bildung im Transformationsprozeß der neuen
Bundesländer



<https://cuvillier.de/de/shop/publications/930>

Copyright:

Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,
Germany

Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: <https://cuvillier.de>

1. Probleme der Rekonstruktion von Transformationsprozessen des Schulsystems der neuen Bundesländer

1.1 Forschungsleitende Interessen und Ansätze der Untersuchungen zu den gesellschaftlichen Veränderungen im Transformationsprozeß

Schon kurz nach dem sich abzeichnete, daß die Kette von Ereignissen im Herbst 1989 nicht ohne Folgen für die gesamtdeutsche Entwicklung bleiben würde, entwickelte sich das Interesse, die allorts ablaufenden Veränderungen nicht nur zufällig und unter dem Signum ihres journalistischen Nachrichtenwertes, sondern systematisch und in ihrer Breite zu erfassen. Deshalb richtete sich das Interesse zunächst darauf, die Ereignisse und Prozesse zu dokumentieren sowie zu beobachten, welche Richtung die stattfindende Entwicklung nahm. Gegenstand des dokumentarischen Interesses¹ waren die damals vorherrschenden Wünsche über das, was die Menschen nicht mehr wollten, ebenso, wie die daraus für sie resultierenden Aufgaben, die ersten daraus erwachsenden ‚Erneuerungen‘ und Gestaltungsoptionen.

Angesichts der Tatsache, daß sich alte Ordnungsstrukturen auflösten und neue noch nicht vorhanden waren, ging es der Wissenschaftsseite² in organisierten Gesprächen 1990 zunächst auch darum, Informationen über die DDR und die dort eingeleiteten Veränderungen auszutauschen. Darüber hinaus informierten sie sich über bislang beiderseits kaum bekannte Forschungsergebnisse, Forschungslinien, Diskussionsschwerpunkte und Forschungserträge und loteten aus, was innerhalb eines absehbaren Zeitrahmens ein gemeinsames Forschungsinteresse sein könnte, welche Themen gemeinsam bearbeitbar wären und welche Arbeitsformen dafür in Frage kämen. Daraus resultierten erste Verabredungen zur Durchführung von gemeinsamen Fachtagungen, die Öffnung von Fachzeitschriften und Überlegungen

¹ Vgl. Dokumentationen wie: Erste Gehversuche gesamtdeutscher Bildungs- und Wissenschaftspolitik – Die Chronologie der Annäherung in den Pressemitteilungen Bonner Akteure (drei Teile, veröffentlicht in der ZBV, H. 1 – 3/1990; Chronik der Ereignisse in der DDR (1990); Dokumentation zur politischen Entwicklung in der DDR und zu den innerdeutschen Beziehungen April 1990 / Gesamtdeutsches Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (1990); Bildung und Erziehung in der DDR im Umbruch / Friedrich-Ebert-Stiftung (1989); Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR (1990); Stamm: Zeittafel zu den Veränderungen im Schulwesen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Zeitraum November 1989 bis 1991 (1992).

Um das Informationsdefizit innerhalb der Bildungsverwaltungen möglichst gering zu halten, wurde neben dem Austausch von Anschriften, beispielsweise zur Bildungsverwaltung in den neuen Ländern (vgl. ZBV H. 2/1990, S. 70), Ende 1990 auch eine „Dokumentation einer vergleichend-beschreibenden Darstellung ausgewählter Sachverhalte des Schulwesens in Ostdeutschland“ von der GEL erarbeitet und den Mitarbeitern der Bildungsverwaltungen in den neuen Ländern zur Verfügung gestellt (diese Dokumentation befindet sich im BArch DR 4, Akte 114 und wurde 1996 von Hans Döbert unter dem Titel „Das Bildungswesen der DDR in Stichworten“ herausgegeben).

² Dabei waren Unterschiede im Herangehen zwischen ost- und westdeutschen Wissenschaftlern nicht zu vermeiden. Während westdeutsche Wissenschaftler mit einem Außenblick auf den Transformationsprozeß überlegten, welche gemeinsame Sprache und Forschungsthemen sich mit ihren Kollegen finden ließen, waren ostdeutsche Wissenschaftler vor allem damit beschäftigt, die gesellschaftlichen Umbrüche zu bewältigen und – angesichts von drohender Abwicklung und Evaluierung – ihr (Berufs-)Leben neu zu ordnen (vgl. auch Fischer, B.-R. 1993, S. 103ff.; Boehnke/Günther 2003, S. 129ff.). Zu den Sichtweisen der an der Integration beteiligten Ostdeutschen gehörte auch eine von ihnen konstatierte geringe Sensibilität gegenüber ihren Forschungsleistungen. So stellten Boehnke/Günther (2003, S.129f.) fest, daß die Forschungsprojektleiter fast ausschließlich aus dem westdeutschen Wissenschaftsbetrieb stammten. Die Projektmitarbeiter waren „typischerweise aus Westdeutschland ‚importierte Frischabsolventen‘ oder gestandene ostdeutsche Wissenschaftler, die sich plötzlich in prekären Beschäftigungsverhältnissen auf einer Stufe mit Anfängern wiederfanden“ (ebenda, S. 130).

zur Neugründung und Zusammenlegung von Verbänden (vgl. Lehnhardt 1990, S. 18). Die Dokumentationen der ersten gemeinsam veranstalteten Fachtagungen von Erziehungswissenschaftlern und Soziologen verdeutlichen diese Forschungslage (Benner et al. 1990; Zapf 1991; Glatzer 1991; Meyer, H. 1992).³

Als zu Beginn des Jahres 1991 die Dynamik nachläßt, die politischen Weichenstellungen für die weitere Entwicklung entschieden sind, Dokumentationen einen ersten Überblick erlauben, rücken im wissenschaftlichen Kontext Fragen der Bezeichnung, Kategorisierung und Analyse der stattgefundenen Veränderungen und zu erwartenden gesellschaftlichen Entwicklung in den Vordergrund.⁴

Um welche Art von gesellschaftlichen Veränderungen es sich bei den Ereignissen 1989/90 handelte, ist bei genauerer Betrachtung damals ebenso wenig klar und eindeutig, wie die Einordnung und Beurteilung der nachfolgenden gesellschaftlichen Entwicklungen. Da in die Bezeichnungen von Ereignissen und Entwicklungen Urteile darüber eingehen, ob die mit einem Begriff verknüpften Merkmale im infrage stehenden Fall vorliegen, fordert jede Bezeichnung den Vergleich heraus und macht zugleich auf die Unterschiede und Besonderheiten der Entwicklungen aufmerksam. So erscheint unsicher, ob es sich bei den Ereignissen im Herbst 1989 um eine besondere Art von „Revolution“ – z.B. um eine „Refolution“ (Kis 1999, S. 311)⁵ – oder eine andere Form kollektiven Handelns handelte, die schließlich zum Zusammenbruch des politischen Systems führte. Zumindest fehlten der „Feierabendrevolution“ einige der herkömmlichen Merkmale von Revolutionen.⁶ Ebenso unsicher

³ Der erste deutsch-deutsche DGfE-Kongreß, an dem ca. 100 Erziehungswissenschaftler und Studenten aus der DDR teilnahmen, fand vom 19. bis 21. März 1990 in Bielefeld statt. Der amt. Präsident der APW, Prof. König, hielt als einziger DDR-Wissenschaftler einen Vortrag, in dem er eine erste Bilanz der Erziehungswissenschaft in der DDR zog. Am 25. Deutschen Soziologen-Tag vom 9. bis 12. Oktober 1990 in Frankfurt a. M. nahmen ca. 200 Soziologen aus der ehemaligen DDR teil. In einer Ad hoc-Arbeitsgruppe „DDR-Soziologie aktuell“ berichteten sie über wenig bekannte Forschungsergebnisse. Zapf (1991, S. 29) nannte drei Problemkreise, in der die Perspektive „Modernisierung und Modernisierungstheorie“ im Rahmen der soziologischen Forschung eine Rolle spielen sollte: Erklärung für den Zusammenbruch der DDR, Wissen über den Verlauf der Transformationsprozesse sowie die Veränderung der Bundesrepublik nach dem Beitritt der DDR.

⁴ Dazu wurden eine Reihe von sozialwissenschaftlichen Forschungsprogrammen initiiert (und von verschiedenen Seiten finanziert), beispielsweise von der auf Anregung des Wissenschaftsrates Ende 1991 gegründeten Kommission für sozialen und politischen Wandel (KSPW), der DFG oder der Volkswagenstiftung (vgl. Boehnke/Günther 2003, S. 129).

⁵ Kis (1999, S. 311f.) sieht im Begriff „Refolution“ – in Anlehnung an Timothy Garton Ash – eine Mischform aus der Kombination von Revolution (kontinuitätsabbrechend) und Reform (historische Kontinuität bewahrend).

⁶ Wie weit gefächert der Diskurs zum Revolutionsbegriff ist, geht u.a. aus der Vielzahl der Beiträge zu dieser Frage hervor. Kis (1999, S. 311) charakterisiert Revolutionen als „abrupten und unerwarteten politischen Wechsel“, die zu „rapiden, progressiven Umgestaltungen der ökonomischen und sozialen Ordnung führen“, beschreibt aber, daß der Wandel in Osteuropa eher von oben ausgeführten Reformen als Revolutionen ähnelte. Für Reißig (1991a) dagegen wies die Entwicklung in der DDR vier für Revolutionen charakteristische Merkmale auf, die von Weingarz (2003, S. 34) angeführt werden: die strategisch-herrschende Machtelite wurde weitgehend ausgewechselt; die politischen, ökonomischen und ideologischen Herrschaftsstrukturen wurden umgestaltet; eine soziale Umwälzung fand statt und die Veränderungen wurden durch eine starke Volksbewegung von unten erzwungen. Die Definition einer revolutionären Situation, wonach die „*Unterschichten*“ das Alte *nicht mehr wollen* und die „*Oberschichten*“ *in der alten Weise nicht mehr können*“ (Lenin 1959, S. 71 – Hervorhebung im Original) prägte die Situation im Herbst 1989 in der DDR. Weingarz dagegen (2003, S. 34f.) sieht einen wesentlichen Unterschied zwischen Revolution und Transformation im Moment der Gewalt von Revolutionen.

Die für eine Revolution möglicherweise untypischen Züge werden durch verschiedene Attribute gekennzeichnet: Habermas (1990, S. 181) spricht von einer „nachholenden Revolution“, wobei Ostdeutschland eine „politisch glücklichere und ökonomisch erfolgreichere Entwicklung“ der alten Bundesrepublik nachholen

erschien auf den zweiten Blick, ob es sich bei der nachfolgenden Entwicklung um einen bekannten oder neuen Typus gesellschaftlichen Wandels handelte, bei den absehbaren weiteren Entwicklungen in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen um „Reformen“⁷ oder um einen gänzlich neuen Typus der Reorganisation gesellschaftlicher Strukturen. Letzteres erschien nahe liegend, da bei den in den neuen Bundesländern anstehenden Veränderungen mit den in der Fläche intendierten Reformen zeitgleich auch noch deren politisch-administrativen Voraussetzungen verändert werden sollten. Fraglich ist darüber hinaus, ob der im Alltagssprachlichen Gebrauch vorhandene Begriff der „Wende“⁸ zur Bezeichnung der verschiedenen Kehrtwendungen der Politik als fachwissenschaftlicher Begriff aufrecht erhalten werden kann. Im weiteren steht die Frage an, ob es sich bei der Reorganisation der Institutionen im kulturellen Sinne um eine „Kolonialisierung“ handeln könnte⁹.

Je nachdem, wie das Geschehen zu beurteilen und begrifflich zu kennzeichnen war, veränderten sich die in einer Analyse leitenden Annahmen und der Rahmen der Ein- und Zuordnung von Ereignissen.¹⁰ Ebenfalls mit einer Einschätzung der Merkmale der gesellschaftlichen

soll. Neubert (1990) und Rein (1990) nennen die „protestantische“ Revolution, um den Beitrag der (evangelischen) Kirchen am gesellschaftlichen Umbruch hervorzuheben. Glaeßner bevorzugt den Begriff „abgebrochene Revolution“. Er kennzeichnet damit „den Umschlag von einer auf die DDR-Gesellschaft bezogenen zu einer auf Beitritt zur Bundesrepublik und Beendigung des revolutionären Umbaus der DDR-Gesellschaft bezogenen Entwicklung“, „bei der die nationale Frage die politische und soziale Frage schnell überlagerte und kein autonomer Raum für eine eigenständige Entwicklung blieb“ (Glaeßner 1996, S. 849f.). Jene Friedfertigkeit, mit der sie sich von klassischen Revolutionsmodellen unterscheidet, drücken die Adjektive „friedliche“, „gewaltfreie“ oder „sanfte“ Revolution aus (Eppelmann/ Grünbaum 2004, S. 866f.).

⁷ Der Begriff „Reform“ weist in seinem Kern auf eine von den Akteuren intendierte Anpassung von Teilsystemen an veränderte Ansprüche und Rahmenbedingungen hin, ohne das System insgesamt grundlegend zu verändern (vgl. Weingarz 2003, S. 32). Die vorliegende Arbeit geht davon aus, daß der Diskurs der Lehrer, Eltern und Schüler mit dem Bildungsministerium Ende 1989 auf eine Reform im Bildungssystem abzielte und bezeichnet ihn deshalb als „Reformdiskurs“. Die Entwicklung veränderte sich „von Reformen im System zu systemauflösenden Reformen“ (Reißig 1991b, S. 58).

⁸ Der Begriff „Wende“ verwies ursprünglich nur auf den Regierungswechsel 1982 in der Bundesrepublik bzw. 1989 auf geringfügige Korrekturen in der Politik der SED statt einer grundsätzlichen Erneuerung des politischen Systems (vgl. Eppelmann/Grünbaum 2004, S. 865). Im Zusammenhang mit dem Rücktritt Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 kündigte sein Nachfolger als Generalsekretär des ZK der SED, Egon Krenz, in seiner Rede auf der 9. Tagung des SED-Zentralkomitees vom 18.10.1989 an: „Mit der heutigen Tagung des Zentralkomitees werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wiedererlangen“ (Neues Deutschland, 19.10.1989, S. 1f., zit. nach Eppelmann/Grünbaum 2004, S. 864f.; vgl. auch Hübner, 1992, S. 77). Als „Wende in der Wende“ wurde jene Entwicklung bezeichnet, die mit dem Tag der Grenzöffnung der DDR zur Bundesrepublik begann, weil damit eine „Kehrtwendung“ in der Politik eingeleitet wurde: weg vom ursprünglichen Ziel des Umbruchs, der Erneuerung des Sozialismus, hin zur Integration in die Bundesrepublik (vgl. dazu auch Meuschel 1993, S. 93).

⁹ Nach Dümcke/Vilmar (1995, S. 14) ist Kolonialisierung „in ihrem Kern die politische, ökonomische und kulturelle Dominanz eines gesellschaftlichen Systems im Verhältnis zu einem anderen“. Die Autoren übertragen den Kolonialisierungsbegriff auf den deutschen Vereinigungsprozeß und stellen in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband „Kolonialisierung der DDR“ die These auf, „daß es auf allen gesellschaftlich relevanten Gebieten und Politikfeldern einige grundlegende ‚kolonialistische‘ Strukturelemente gibt“ (ebenda). Die Vereinigungspolitik wertfrei als Transformation zu beschreiben, lehnt Vilmar auch in dem von ihm im Jahr 2000 herausgegebenen Band „Zehn Jahre Vereinigungspolitik“ ab und stellt dem sein Konzept der „strukturellen Kolonialisierung“ als „kritische Darstellung der Vereinigungspolitik“ gegenüber (Vilmar 2000, S. 24f.). Im gleichen Band entfaltet sich ein Diskurs zum Kolonialisierungsbegriff, der in seinen Prämissen von Reißig in Frage gestellt wird (vgl. dazu Reißig 2000d, S. 51ff.). Einen Überblick über den wissenschaftlichen Kolonialisierungsdiskurs gibt Weingarz (2003, S. 77ff.).

¹⁰ Dies gilt auch für den häufig verwandten Begriff der „Vereinigung“: Gerichtet auf den politischen Akt des Zusammenschlusses beider deutscher Staaten, wird er darüber hinaus als neutraler Begriff verwandt, um nicht nur den politischen Akt, sondern den Prozeß der Vereinigung zu kennzeichnen. Wollmann/Derlien et al.

Veränderungsprozesse war die Frage verbunden, ob es sich bei den beobachtbaren institutionellen Umbau in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens um eine im Grundsatz bekannte Art des sozialen Wandels – einen Prozeß der Modernisierung – oder wiederum auch hier um einen neuen Typus handelte.

Eines der Resultate der genannten Fragen ist, daß für die Bezeichnung der gesellschaftlichen Veränderungen der Begriff der „Transformation“ eingeführt wird. Zunächst für die Prozesse des politischen und sozialen Wandels in den früheren realsozialistischen Ländern verwendet, kann sich der Begriff der Transformation als ein vergleichsweise noch offener Begriff im soziologischen und politologischen Kontext schnell etablieren und als Leitbegriff für eine Analyse der Entwicklung in den neuen Ländern durchsetzen.¹¹

Als Begriff zur Bezeichnung einer bestimmten Art gesellschaftlicher Veränderungsprozesse zielt der Begriff der Transformation zum einen darauf ab, die Sonderstellung dieser Prozesse im Vergleich zu anderen Formen des politischen, sozialen, ökonomischen Wandels kenntlich zu machen. Zum anderen weist er darauf hin, daß Ereignisse und Veränderungen aus diesem Kontext nur angemessen verstanden und interpretiert werden können, wenn sie diesen Kontext auch angemessen berücksichtigen. Zentrales Merkmal für die Verwendung des Begriffs ist eine grundlegende Umgestaltung aller Teilbereiche eines Systems bzw. ein grundlegender Wandlungsprozeß, der durch einen beobachtbaren Zusammenhang zwischen einem Anfangs- und einem Endzustand bestimmt ist (Reißig 1994b, S. 323f.; Pollack 1996, S. 416; Kollmorgen 1994b, S. 384; Weingarz 2000, S. 20) Unbestimmt bleibt dabei, wie dieser für Transformation maßgebliche gesellschaftliche Zusammenhang konstruiert, untersucht und bezeichnet werden kann.

Der Frage, ob es sich bei den Entwicklungen in den neuen Ländern um eine besondere Form der gesellschaftlichen Modernisierung, um einen Systemwechsel, Systemwandel oder einen eigenständigen Reformprozeß handelt, folgt im Kontext der Politologie und Soziologie eine verstärkte Hinwendung zu Fragen einer theoretischen und methodologischen Grundlegung der Analysen zum Transformationsprozeß. Dabei kommen drei Ansätze zum Tragen: der modernisierungstheoretische, der systemtheoretische und der akteurstheoretische Ansatz. Dem Inventar gesellschaftstheoretischer Ansätze entnommen, die sich

(1997, S. 10f.) bezeichnen den Systemwechsel Ostdeutschlands im Unterschied zu den anderen postsozialistischen Ländern „geschichtlich als *nationale Wiedervereinigung*, völkerrechtlich als die *Vereinigung der beiden deutschen Staaten*, verfassungsrechtlich als *Beitritt* der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG“ und im Kontext der Transformationsdiskussion auch „als *Integration* Ostdeutschlands in die Verfassungs-, Rechts-, Institutionen-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der alten Bundesrepublik“ (Hervorhebungen im Original).

¹¹ Kollmorgen (1994b, S. 383), Meier et al. (1997, S. 10) sowie Weingarz (2000, S. 21f.) verweisen darauf, daß der Begriff der Transformation von Nikolai Bucharin (1920; deutsch: 1970) für die sozioökonomische Übergangsperiode von der kapitalistischen Gesellschaft zum Kommunismus in den ersten Jahren nach der russischen Oktoberrevolution geprägt („Ironie der Geschichte“ – Meier et al. 1997, S. 10) und durch Polanyi (1944; deutsch: 1978) und Eucken (1952) als erkenntnisleitender Begriff eingesetzt wurde. Ohne daß er sich zunächst als ein dauerhafter Begriff in der Fachterminologie der Soziologie etablieren (Kollmorgen 1994b, S. 383) und „ohne daß das Konzept seitdem einen klaren theoretischen Status erlangen konnte“, findet er als „Sammelbezeichnung für eine Art gesellschaftlicher Systemveränderung, wie sie in den herkömmlichen Theorien sozialen Wandels nicht vorgesehen war“ Verwendung (Meier et al. 1997, S. 10). Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß auch im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Veränderungen der 60er Jahre im Westen schon von Transformation die Rede war, denn damit wurden einerseits von Smelser/Lipset 1966 im engeren Sinn Bewegungen der sozialen Struktur gekennzeichnet. Andererseits wurde darunter im weiteren Sinn ein Typ revolutionären gesellschaftlichen Strukturwandels gefaßt, der sich von den mehr evolutionären Prozessen der Reproduktion und Transition unterscheidet (vgl. Meier et al. 1997, S. 10f.).

anderweitig bereits in einschlägigen Studien bewährten, führen die Ansätze zu unterschiedlichen Perspektiven auf den Transformationsprozeß, die ab Mitte der 90er Jahre mehr und mehr die Analysen bestimmen.

Als erster der Ansätze, die eine Deutung des Zusammenhangs der Ereignisse und Entwicklungen in den neuen Bundesländern vornehmen, kann sich Anfang der 90er Jahre der modernisierungstheoretische Ansatz etablieren. Das Interesse des Ansatzes gilt Faktoren, die für die industrielle und postindustrielle Moderne zentral sind. Entsprechend gilt sein Blick beim Transformationsprozeß vor allem den Merkmalen, die im institutionellen Umbau leitend und für die gesellschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern bestimmend sind. Entlang der Richtung für den Strukturwandel – die in der Ausrichtung an den in den westdeutschen Bundesländern vorhandenen Organisationsformen gesellschaftlicher Teilbereiche und deren Leistungen erkennbar ist – wird der Transformationsprozeß als Prozeß der „nachholenden Modernisierung“ gesehen (Zapf 1994b, S. 300). Sie erfolgt als eine Anpassung an leistungsfähigere Strukturen, die im ökonomischen Bereich mit der marktwirtschaftlichen Organisationsform, im politischen Bereich mit der Konkurrenzdemokratie verknüpft sind und sich anhand von Indikatoren messen und vergleichen lassen. Da im Rahmen der Organisationsstrukturen der DDR-Gesellschaft die aus den westdeutschen Ländern bekannten Leistungen nicht möglich waren, erfolgte ihr Zusammenbruch; mit der Konsequenz, daß mit der nachfolgenden Entwicklung eine vergleichbare Leistungsfähigkeit hergestellt werden sollte. Der Prozeß der Transformation definiert sich damit als jener Teil gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse, durch den eine Anpassung an ein anderweitig bereits vorhandenes Leistungsniveau und die hierzu erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen erfolgt.

Bei diesem Zugriff auf den Transformationsprozeß werden weder die Sichtweisen der an den Entwicklungen beteiligten Menschen berücksichtigt, noch finden Prozesse und Probleme der Reorganisation der Strukturen Beachtung, noch werden die tatsächlichen Folgewirkungen der Ausgangsgesellschaft auf den Transformationsverlauf untersucht. Die institutionellen Veränderungen finden nur Interesse, insoweit sie Auswirkungen auf die darüber zu erbringen möglichen Leistungen haben. Deshalb gibt es schon bald Bestrebungen, einen theoretischen Rahmen zu entwickeln, der tiefenschärfere Analysen erlaubt, ohne den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, in dem Einzelbefunde stehen, aus dem Blick zu verlieren.

Alternativen zum modernisierungstheoretischen Ansatz werden auch dadurch nahe gelegt, daß sich Mitte der 90er Jahre die empirische Datenbasis zum Transformationsprozeß deutlich erweitert, ohne daß die hinzukommenden Befunde im Rahmen des Ansatzes integriert und interpretiert werden könnten. Zahlreiche Untersuchungen gelten den institutionellen Veränderungen und Prozessen ebenso wie den Veränderungen in den Einstellungen und Sichtweisen der am gesellschaftlichen Wandel beteiligten und in ihn involvierten Menschen. Da sich längst alle sozialwissenschaftlich orientierten Disziplinen an Untersuchungen über die Entwicklungen in den neuen Ländern beteiligen, wächst das Spektrum der psychologischen, soziologischen, erziehungswissenschaftlichen und politologischen Einzelbefunde, ohne daß die Befunde dabei als Element des Transformationsprozesses begriffen und in einem gesellschaftstheoretischen Sinne eingeordnet werden könnten. Die Untersuchungen selbst bekümmern sich zumeist wenig um den Transformationsprozeß als Ganzem und nutzen die neuen Länder vor allem als Pool für Vergleiche und eine Darstellung von Differenzen und Gemeinsamkeiten. Weder sind die mit diesen Untersuchungen verfügbaren empirischen Daten an den modernisierungstheoretischen Indikatoren orientiert, noch

lassen sie sich im Rahmen des modernisierungstheoretischen Ansatzes gesellschaftstheoretisch vernünftig interpretieren.

Eine erste Alternative zeichnet sich in Arbeiten ab, die unter Bezug auf die neuere Systemtheorie bei N. Luhmann den Prozeß des Zusammenbruchs der DDR analysieren oder sich der Phase des Umbruchs und den Vorgängen der institutionellen Reorganisation und des Umbaus der gesellschaftlichen Strukturen zuwenden (vgl. Pollack 1990b, 1991). Dabei wird das theoretisch-begriffliche Inventar der Systemtheorie genutzt, um in den untersuchten Vorgängen und Entwicklungen die Operations- und Funktionsweisen sozialer Systeme am Fall aufzusuchen und erkennbar zu machen; beispielsweise den Fall der DDR als Folge u.a. der Begrenzung an funktionaler Differenzierung und Eigenständigkeit, politisch-ideologischer Entdifferenzierung u.a.. Die systemtheoretisch am Fall erläuterten Zusammenhänge werden durch Beobachtungen, Geschehnisse und Reaktionen auf einer quasi-empirischen Ebene belegt und verdeutlicht. Die untersuchten systemtheoretischen Zusammenhänge werden dadurch mit empirischen Innenansichten ausgestattet. Sie geben den abstrakten systemtheoretischen Zusammenhängen einen gesellschaftlichen Realitätsgehalt, während die ausgewählten Befunde durch die Inanspruchnahme der Systemtheorie einen logisch erklärenden Zusammenhang erhalten.

Der Zugriff macht kollektive Reaktionen auf Ereignisse und Bedingungen in deren nicht-intendierten Folgen für gesellschaftliche Entwicklung begrifflich und erlaubt es damit, besser zu verstehen, warum aus Absichten etwas wird, das gleichzeitig als etwas Fremdes und Unerwünschtes beklagt wird. Die neuere Systemtheorie ist darauf gerichtet zu klären, wie soziale Systeme arbeiten, wie durch Formen der Differenzierung sozialer Systeme die Entwicklung von Gesellschaft als Prozeß organisiert ist. Da sie dabei auch aufzeigt, welche Probleme typischerweise damit verbunden sind und welche Vor- und Nachteile jeweilige Problemlösungen für die Systementwicklung besitzen, eröffnet sie zugleich einen Weg für die Diskussion der Vor- und Nachteile von Entwicklungspfaden im Transformationsprozeß. Die Plausibilität der systemtheoretischen Rekonstruktion des Transformationsprozesses führte in der Folgezeit dazu, daß in Analysen der modernisierungstheoretische zugunsten des systemtheoretischen Ansatzes mehr und mehr in den Hintergrund rückte.

Ein weiterer Zugriff wird in der Ausrichtung einer Verbindung von Systemtheorie mit den empirisch gehaltvollen „Innenansichten“ sozialer Systeme erkennbar. Das Interesse, die Reaktionen und Sichtweisen der Menschen in die Analyse der auf Systemebene wirksamen Zusammenhänge einzubeziehen und das eine durch das andere zu erklären, führt zu der Frage, wie und wodurch es kollektive Akteure schaffen, auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene wirksame Veränderungen auszulösen. In der Gegenrichtung stellt sich die Frage, wie Entwicklungen auf der Ebene sozialer Systeme an das Handeln und Verhalten von Akteuren rückgekoppelt ist. Beide Fragen haben eine längere Tradition, die von Elias über Fallstudien von Eisenstadt und Smelser bis zu den neueren Arbeiten von Schimank (1996, 2000) reichen und deren theoretische Konturen als akteurstheoretischer Ansatz bezeichnet werden. Ausgerichtet darauf, zu untersuchen, wie sich das Handeln und Zusammenwirken von Akteuren in den Organisationsstrukturen sozialen Handelns und deren Veränderung auswirkt, rückt bei diesem Ansatz die Zwischenebene der institutionellen Strukturen und Regeln in den Blick, in die das Handeln eingelassen ist. Da die Veränderung institutioneller Regeln und Strukturen Voraussetzung und sichtbares Zeichen gesellschaftlicher Strukturänderungen sind, erlaubt der akteurstheoretische Ansatz viel stärker, die institutionelle Ebene gesellschaftlicher Veränderungen in den Blick zu nehmen. Er fordert geradezu da-

zu auf, die Innenansichten der Prozesse in Gestalt der daran beteiligten Akteure zu berücksichtigen und in deren Wirkungen auf institutionelle Strukturen zu untersuchen.

Von seinem Zugriff her verspricht der akteurstheoretische Ansatz eine empirisch gehaltvolle und zugleich überaus tiefenscharfe Analyse des Transformationsprozesses. Eine Analyse, die in der Lage ist, die Veränderungen nicht nur wie die anderen Ansätze von außen her, von ihren Ergebnissen und Effekten zu erfassen, sondern von innen her und in ihrem Entstehungszusammenhang zu begreifen. So ergiebig der Ansatz somit für ein erklärendes Verstehen des Transformationsprozesses ist, so anspruchsvoll sind zugleich die mit seiner Verwendung im konkreten Fall verknüpften theoretischen und empirischen Anforderungen. Würde gar erwartet, daß das Handeln von gesellschaftlichen Akteuren nicht nur als Reaktion auf bestimmte Probleme hin beschrieben, sondern in der Varianz der Reaktionen auch noch erklärt wird, sind die theoretischen und empirischen Ansprüche kaum mehr einzulösen. Wiesenthal schlägt daher im Kontext von Untersuchungen zum Transformationsprozeß vor, bescheidener von „akteursorientierten“ Analysen zu sprechen (Wiesenthal 1996, S. 3). Doch auch diese bleiben für den Transformationsprozeß in den neuen Ländern spärlich und vornehmlich auf den ökonomischen Sektor begrenzt (vgl. Wiesenthal 1996).

Im Ergebnis ist daher für den in der zweiten Hälfte der 90er Jahre favorisierten akteurstheoretischen Ansatz festzuhalten, daß er im Kontext der Untersuchungen zum Transformationsprozeß weitgehend eine uneingelöste Forderung bleibt. Trotz der Probleme, die er theoretisch und empirisch mit sich führt, erscheint er ersatz- und konkurrenzlos, wenn Strukturen und Effekte in ihrem Entstehungszusammenhang begriffen und erklärt werden sollen. In umgekehrter Richtung erscheint ein systemtheoretischer Zugriff unabweislich, wenn das Handeln von Akteuren in seinen möglichen Effekten auf der Ebene gesellschaftlicher Organisationsstrukturen und deren Leistungen analysiert werden.

Die Spannung zwischen System- und Akteurstheorie und die Frage, wie beide angemessen einander vermittelt und miteinander verknüpft werden können, prägt die Diskussion und weitere Entwicklung innerhalb der Transformationsforschung ab Mitte der 90er Jahre (vgl. Merkel 1996, 1999; Sandschneider 1995, 1996). Eines der zentralen Ergebnisse dieser Diskussion ist, daß nur eine „integrierende Kombinatorik“ bzw. fallbezogen komplementäre Inanspruchnahme der Ansätze aussichtsreich erscheint, da ein übergreifendes Paradigma zur Analyse der Transformationsprozesse nicht in Sicht ist. Stattdessen, so Kollmorgen, weisen die bisherigen Untersuchungen darauf hin, daß die Erklärungsreichweite der verschiedenen Ansätze in Abhängigkeit zu betrachteten Entwicklungsabschnitten und Aspekten des Transformationsprozesses variiere, keiner der Ansätze ohne „blinde Flecken“, die wechselseitige Ergänzung deshalb unverzichtbar sei (vgl. Kollmorgen 1996, S. 281f.).

Welche theoretischen Zugriffe und Instrumente letztendlich zweckmäßig und geeignet sind, um die Prozesse und Entwicklungen möglichst tiefenscharf beleuchten und auf allen dafür relevanten Ebenen analysieren zu können, kann sich vorab nur im Zuge der Analyse von einzelnen Entwicklungsabschnitten, Prozessen und Bereichen der Transformation erweisen. Verstärkt richtet sich Ende der 90er Jahre daher das Interesse in der Transformationsforschung auf ausgewählte Abschnitte und institutionelle Sektoren der Entwicklung in den neuen Bundesländern. Eine interdisziplinär gelagerte Zusammenarbeit bei den Untersuchungen bleibt allerdings aus, ebenso wie eine Rückkopplung der Untersuchungen an die Paradigmendiskussion. Bei einem Vergleich der Forschungslinien lassen sich gleichwohl überraschende Gemeinsamkeiten in der Abfolge forschungsleitender Interessen, Fragestellungen und Forschungsdefizite feststellen.